



Niederschrift 2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.01.2009
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	17:40 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich - Ebert - Str. 79/81, Raum 3.074

Anwesend sind:

Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE
Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE
Frau Busch, Jutta	SPD
Herr Wartenberg, Claus	SPD
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei

Nicht anwesend sind:

Herr Heinzel, Horst	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Schriftführerin: Frau Röpke, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 25.11.2008
- 2 Feststellung zum Eingang von Eingaben, die nach dem öffentlichen Aushang der Tagesordnung eingegangen sind und ihre Aufnahme in die Tagesordnung
- 3 Kenntnisnahme der Schreiben zu den abschließend behandelten Eingaben
- 4 Eingabe 31/08 - Abholung eines Fundtieres
- 5 Eingabe 34/08 - Erweiterung der Buslinie / Ausbau eines Weges
- 6 Eingabe 36/08 - Gebührenbescheid
- 7 Eingabe 37/08 - Papierkörbe und Bänke
- 8 Eingabe 38/08 - unabhängige Beschwerdestelle

- 9 Eingabe 39/08 - Garagenkomplex Pfingstberg
- 10 Eingabe 40/08 - Mahnungen
- 11 Eingabe 41/08 - Straßenverkehrsanlage im Bereich Kirschallee/
Herta Hammerbacher Straße
- 12 Eingabe 01/09 - Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten
- 13 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 25.11.2008

Die Ausschussvorsitzende Frau Busch begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Von den sieben Mitgliedern sind fünf anwesend.

Die vorliegende Tagesordnung schlägt die Ausschussvorsitzende vor, die Eingabe 01/09 aufzunehmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung bestätigt.

Zur Niederschrift vom 25.11.2008 gibt es keine Hinweise und Änderungswünsche, sie wird mehrheitlich bestätigt.

zu 2 Feststellung zum Eingang von Eingaben, die nach dem öffentlichen Aushang der Tagesordnung eingegangen sind und ihre Aufnahme in die Tagesordnung

Nach dem öffentlichen Aushang der Tagesordnung ist die Eingabe 01/09 (Beschwerde gegen die Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam) eingegangen.

Die Mitglieder sprechen sich für die Aufnahme in die Tagesordnung aus.

zu 3 Kenntnisnahme der Schreiben zu den abschließend behandelten Eingaben

Die Schreiben zu den in der Sitzung am 25.11.2008 abschließend behandelten Eingaben werden zur Kenntnis genommen.

zu 4 Eingabe 31/08 - Abholung eines Fundtieres

Die Eingabe wurde in der Sitzung am 25.11.2008 mit der Maßgabe behandelt, eine weitere Stellungnahme einzuholen, die insbesondere die Begriffe Fundtiere und streunende Tiere erläutert.

Die Ausschussvorsitzende informiert über ein Gespräch mit der Fachbereichsleiterin Ordnung und Sicherheit, Frau Kluge zu dieser Eingabe. Danach werde die Verwaltung in dieser Angelegenheit nicht mehr tätig.

Nach kurzem Meinungs austausch schlägt Herr Wartenberg vor, die Eingabe abzuschließen.

Der Servicebereich Recht habe dem Eingabe ver fasser noch einmal ausführlich die rechtliche Grundlage erläutert; der Ausschuss selbst habe keine andere Auffassung als die Verwaltung und sehe von daher keinen weiteren Handlungsbedarf.

Damit sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Der Eingabe ver fasser erhält ein Abschluss schreiben.

zu 5 Eingabe 34/08 - Erweiterung der Buslinie / Ausbau eines Weges

In der Sitzung am 25.11.2008 wurde diese Eingabe mit der Festlegung beraten, das Ergebnis der erneuten Ausschreibung zum Ausbau des Gehweges zu erfragen.

Dem Schreiben ist zu entnehmen, dass die Angebote wie bei der ersten Vergabe weit über der im Rahmen der Entwurfsplanung veranschlagten Kostenberechnung lag.

Die Bauverwaltung will nun eine öffentliche Vergabe vorbereiten, mit deren Ergebnis Mitte Februar 2009 zu rechnen sei. Es wird erwartet, dass durch die Vergabeart und saisonbedingt günstigere Preise angeboten werden, so dass dann im März/April 2009 der Baubeginn erfolgen könnte.

Die Stellungnahme wird von den Ausschussmitgliedern positiv aufgenommen, hier müsse man die erneute Ausschreibung abwarten.

Im weiteren Verlauf wird das Schreiben des Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen / Bereich

Verkehrsanlagen in Bezug auf die Anbindung durch den ÖPNV kritisch hinterfragt. Es werde zwar ausführlich geschildert, was sich seit der Eingemeindung positiv verändert habe, aber nicht, wie dem Bürger geholfen werden kann.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, sich mit der Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH in Verbindung zu setzen um nach Möglichkeiten zu suchen.

Festlegung.

Die Ausschussvorsitzende wird Kontakt mit der Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH aufnehmen, um die Auslastung der Buslinie und die Möglichkeiten der Erweiterung zu erfragen.

Die Beigeordnete des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen wird gebeten, dem Ausschuss das Ergebnis der erneuten Ausschreibung mitzuteilen.

Der Eingabeverfasserein wird mit dem Zwischenbescheid die Stellungnahme der Verwaltung in Bezug auf den Sachstand zum Ausbau des Weges zur Kenntnis gegeben; gleichzeitig wird ihr mitgeteilt, dass die Eingabe in der Sitzung am 07.04.2009 erneut behandelt wird.

zu 6 Eingabe 36/08 - Gebührenbescheid

Als Ergebnis der Beratung in der Sitzung am 25.11.2008 wurde festgelegt, zu hinterfragen, warum eine Entleerung ohne Auftrag erfolgte.

Die Stellungnahme aus dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen erläutert sehr ausführlich die Grundlagen für die Erhebung der Gebühren und weist zudem daraufhin, dass der Eingabeverfasser mit seiner Unterschrift die Richtigkeit der in der Abfuhrbescheinigung gemachten Angaben bestätigt. Zwischenzeitlich wurde das Verhalten zwischen den Vertragspartnern ausgewertet.

Der Ausschuss sieht mit diesen Ausführungen keinen weiteren Handlungsbedarf.

Festlegung:

Der Beschwerdeführer erhält ein Abschlusschreiben.

zu 7 Eingabe 37/08 - Papierkörbe und Bänke

Der Beschwerdeführer wirft der Stadtverwaltung vor, innerhalb des Stadtgebietes Papierkörbe und Bänke abzubauen und nicht wieder zu ersetzen.

Dazu hat liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme aus dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen vor. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass die aufgestellten Abfallbehälter, die täglich geleert werden, in dem vom Beschwerdeführer angegebenen Stadtgebiet ausreichend sind und den personellen und finanziellen Kapazitäten des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen entsprechen.

Den Vorwurf des Beschwerdeführers, nach dem abgebaute Bänke nicht wieder ersetzt würden, weist die Verwaltung zurück. Im Verlauf des Jahres 2008 wurden durch den Bereich Grünflächen Bänke abgebaut, restauriert und an dem bisherigen Standort wieder aufgestellt.

Im Verlauf der Diskussion äußert sich Frau Busch dahingehend, dass die Stellungnahme für sie unbefriedigend sei.

Herr Wartenberg geht davon aus, dass die Angaben der Verwaltung korrekt seien, man könne jedoch noch hinterfragen, wann alle Bänke nach der Restaurierung wieder vorhanden seien; die Eingabe selbst könne mit der Stellungnahme abgeschlossen werden.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Festlegung:

Dem Beschwerdeführer wird mit dem Abschlusschreiben die Verwaltungsstellungnahme übergeben.

Der Ausschuss wendet sich noch mal an den Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen um zu erfragen, wann die Bänke im Stadtgebiet wieder vollzählig sind.

zu 8 Eingabe 38/08 - unabhängige Beschwerdestelle

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hatte 2005, auf Grund einer Eingabe, der Pro Potsdam GmbH empfohlen, eine unabhängige Beschwerdestelle einzurichten.

Die Eingabeverfasserin bezieht sich darauf und fragt nach, ob es zwischenzeitlich diese Beschwerdestelle gibt.

Mit einem weiteren Schreiben wird dem Ausschuss eine mietrechtliche Auseinandersetzung, mit der sie sich an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Pro Potsdam GmbH, Herrn Jakobs gewandt hat, zur Kenntnis gegeben.

Herr Wartenberg schlägt vor, zunächst einmal bei der Gewoba nachzufragen, ob diese unabhängige Beschwerdestelle zwischenzeitlich eingerichtet wurde.

Weiterhin sollte sich der Ausschuss das Antwortschreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden zur Kenntnisnahme anfordern.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Die Ausschussvorsitzende wird in einem Schreiben an die Pro Potsdam GmbH die Einrichtung dieser unabhängigen Beschwerdestelle erfragen; gleichzeitig wird der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Pro Potsdam GmbH um eine Stellungnahme zum Sachstand gebeten.

Die Eingabeverfasserin erhält einen Zwischenbescheid.

Wiedervorlage in der Sitzung am 10.02.2009

zu 9 Eingabe 39/08 - Garagenkomplex Pflingstberg

Anliegen dieser Beschwerde ist die, nach Ansicht des Beschwerdeführers, unzureichende Pflege der Flächen des ehemaligen Garagenkomplexes Pflingstberg. Er verweist auf die Zusage von Frau Dr. von Kuick-Frenz in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung, wonach die Fläche jährlich zweimal gemäht werden soll.

Dazu schreibt der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen, dass die genannte Fläche einer extensiven Pflege unterliegt, das heißt, in der Regel ein- bis zweimal im Jahr gemäht werde.

Bei einer Ortsbesichtigung im September 2008 wurde ein angemessener

Gesamteindruck festgestellt, der ein zweites Mähen nicht erforderte.

Nach kurzem Meinungsaustausch sind sich die Ausschussmitglieder darin einig, dass die Eingabe mit der Stellungnahme erledigt sei.

Festlegung:

Die Stellungnahme wird dem Beschwerdeführer als abschließende Information zur Kenntnis gegeben.

zu 10

Eingabe 40/08 - Mahnungen

Der Beschwerdeführer schreibt, dass er wiederholt zu verschiedenen Vorgängen nicht gerechtfertigte Mahnungen der Stadtkasse erhalten habe.

Dazu liegt eine Stellungnahme des Bereichs Stadtkasse vor. Zunächst wird festgestellt, dass beide Mahnungen, die der Beschwerdeführer beigefügt hat, zu Unrecht erfolgten und erläutert sehr ausführlich die Zusammenhänge.

Für die Ausschussmitglieder ist die Eingabe mit der Stellungnahme erledigt.

Festlegung:

Der Eingabeverfasser erhält ein Abschluss Schreiben und die Stellungnahme.

zu 11

**Eingabe 41/08 - Straßenverkehrsanlage im Bereich Kirschallee/
Herta Hammerbacher Straße**

Der Eingabeverfasser äußert sich in seinem Schreiben zu verschiedenen Problemen im Zusammenhang mit der Verkehrslage im Bornstedter Feld. Damit habe er sich an den entsprechenden Fachbereich gewandt, ist jedoch mit der Bearbeitungsdauer und dem Ergebnis nicht zufrieden; nun bittet er den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden um Vermittlung.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, zunächst eine Stellungnahme anzufordern.

Festlegung:

Die Beigeordnete des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen wird um eine Stellungnahme gebeten.

An den Eingabeverfasser ergeht eine Zwischeninformation.

Wiedervorlage in der Sitzung am 10.02.2009

zu 12

Eingabe 01/09 - Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten

Gegenstand dieser Eingabe ist die o.g. Satzung, die nach Meinung der Eingabe-

verfasser, zur Ungleichbehandlung von kinderreichen Familien führt, dessen Eltern berufstätig sind.

Sie schreiben, dass, obwohl sie beide berufstätig sind, liegen sie mit ihrem Einkommen nur geringfügig über dem Sozialhilfesatz mit vier Kindern und erhalten daher keinerlei Zuschüsse.

Dazu erklärt Frau Engel-Fürstberger, dass die Fraktion Grüne/B90 einen Antrag zur Änderung dieser Satzung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.01.2009 eingereicht habe.

Herr Wartenberg schlägt vor, mit dieser Information an die Eingabe Verfasser die Eingabe abzuschließen; die Beratungsergebnisse sind dann der Presse zu entnehmen.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Festlegung:

Den Eingabe Verfassern wird diese Information zur Kenntnis gegeben.

zu 13

Sonstiges

Die Ausschussvorsitzende spricht den relativ frühen Sitzungsbeginn des Ausschusses an; dies sei bisweilen schwierig, da sie berufstätig sei.

Herr Kutzmutz verweist auf den Beginn (18.00Uhr) des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen in dem er Mitglied ist.

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden wird weiterhin um 16.30 Uhr beginnen.